

**Rede
des Sprechers für Forstpolitik**

Sebastian Penno, MdL

zu TOP Nr. 10

Abschließende Beratung

**a) EU-Entwaldungsverordnung: Die Kohärenz der
Regelungen und Politiken sicherstellen, die Umsetzung
erleichtern und ein „Bürokratiemonster“ vermeiden**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4565

**b) EU Deforestation Regulation (EUDR): Mit einer
praxistauglichen und anwendungsfreundlichen EU-
Entwaldungsverordnung den weltweiten Waldschutz
vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/7632

während der Plenarsitzung vom 08.10.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie es mich gleich zu Beginn meiner Rede sagen, damit es im weiteren Verlauf nicht untergeht: Als SPD-Fraktion unterstützen wir das Grundziel der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten - kurz: EUDR - ausdrücklich. Die EUDR an sich ist ein entscheidender Baustein im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel, gegen den Verlust von Biodiversität und gegen die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Es sollte doch klar sein, dass wir, wenn wir es mit dem Pariser Klimaabkommen, mit dem Schutz unserer Wälder und mit dem Ziel einer gerechteren und auch nachhaltigeren Weltwirtschaft ernst meinen, in Europa nicht weiter die Augen davor verschließen dürfen, wo und wie etwas produziert wird. Das gilt für Kaffee. Das gilt für Kakao. Das gilt für Soja. Das gilt für Palmöl. Das gilt für Rindfleisch. Und das gilt auch für Holz.

Mit der EUDR soll ein Instrument entstehen, das helfen kann, Regenwälder zu schützen, indigene Lebensräume zu bewahren und klimaschädliche Praktiken in Lieferketten zu unterbinden. Das wäre ein großer Fortschritt, und wir wollen, dass dieses Ziel nicht an der Praxis scheitert; denn - das ist der zweite Teil dieser Wahrheit - die EUDR muss auch rechtssicher, faktisch umsetzbar und praxistauglich sein. Sie darf kleine Betriebe nicht überfordern, Verwaltungen nicht lähmen und nicht zu einem Bürokratiemonster werden, das gut gemeint, aber schlecht gemacht ist.

Mit dem Entschließungsantrag von SPD und Grünen unterstützen wir unsere Landesregierung, die sich bereits aktiv in Berlin und Brüssel für eine realistische, faire und zielorientierte Umsetzung der EUDR eingesetzt hat und zukünftig auch einsetzen wird. Konkret bedeutet das: Wir sprechen uns für eine Nullrisikoeinstufung für Länder wie Deutschland aus, die bereits heute hohe Waldschutzstandards einhalten und funktionierende Kontrollsysteme haben. Denn warum sollten unsere waldbesitzenden - ob staatlich oder privat - oder holzverarbeitenden Betriebe die gleichen Dokumentationslasten wie Betriebe tragen, die in Regionen mit massiver illegaler Abholzung liegen?

Außerdem dürfte auch klar sein, dass die Kleinwald-besitzerin oder der Kleinwaldbesitzer aus Niedersachsen nicht den gleichen bürokratischen Aufwand schultern kann wie beispielsweise ein internationaler Agrarkonzern. Deshalb sollte durch die Einführung von Bagatellgrenzen für Kleinstproduzenten verhindert werden, dass kleine Betriebe vom Markt gedrängt werden. Denn alles andere wäre nicht nachhaltig, sondern einfach nur ungerecht.

Der absolut zentrale Punkt ist aber: keine Umsetzung ohne Vorbereitung. Das ist doch auch der wesentliche Punkt, warum die Umsetzung der EUDR bereits einmal

um ein Jahr verschoben wurde und, wenn es nach der EU-Kommission geht, noch ein weiteres Mal um ein Jahr verschoben werden soll. Das war gut und wäre gut, aber das reicht nicht aus, wenn wir auf nationaler Ebene nicht rechtzeitig die nötige Infrastruktur schaffen können. Wir brauchen klare rechtliche Leitlinien, digitale Schnittstellen, Schulungen und Beratung - und das so schnell wie möglich.

Ein weiterer Punkt ist mindestens genauso wichtig: die Kohärenz mit anderen EU-Vorgaben. Niemandem ist geholfen, wenn die Regelungen der EUDR in Konflikt mit der Lieferkettenrichtlinie oder der geübten Praxis der bisherigen EU-Holzhandelsverordnung stehen.

Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass Melde- und Nachweispflichten gebündelt werden und nicht mehrfach erbracht werden müssen. Denn doppelte Bürokratie schützt keinen einzigen Baum mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz der Wälder ist ein globales Menschheitsanliegen. Aber nachhaltiger Waldschutz gelingt nicht durch Symbolpolitik, sondern durch kluge Regulierung, soziale Rücksicht und realistische Umsetzung. Mit unserem rot-grünen Antrag senden wir ein klares Signal nach Berlin und Brüssel: Niedersachsen steht hinter den Zielen der EUDR, aber wir bestehen auf Augenmaß, Praxisnähe und Fairness. Wir wollen die Transformation, und wir wollen, dass sie gelingt. Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber nicht auf dem Rücken der Falschen. Und wir wollen Europas Vorreiterrolle beim Klimaschutz, aber bitte nicht durch neue bürokratische Hürden, sondern durch vertrauenswürdige und machbare Lösungen.

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen.

Ich danke für die konstruktiven Rückmeldungen der Verbände und Institutionen im Rahmen der schriftlichen Anhörung zum CDU-Antrag, die in unseren rot-grünen Antrag eingeflossen sind. Ich bedanke mich außerdem bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, die sich im Gegensatz zu den Mitgliedern der anderen Fraktionen auch inhaltlich zu unserem Antrag äußern konnten - auch wenn ich nicht ganz so weit gehen würde wie der Kollege Baatzsch, der unseren Antrag - und ich zitiere - so ziemlich über jeden Zweifel erhaben fand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das schon im vergangenen Jahr zu einem Antrag gesagt, und es gilt immer noch. Aber anders als im letzten Jahr, als ich das folgende Zitat gebracht habe, liegt dieses Mal immerhin ein zweiter Antrag vor. Im Jahr 2020 hat mein Vorgänger als forstpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Karl-Heinz Hausmann, seine Rede wie folgt geschlossen - ich darf zitieren -:

„Unser Antrag ist sehr gut. Wir haben ihn gemeinsam mit den Fachverbänden und Organisationen bei der Anhörung noch einmal ergänzt. Er ist der bessere Antrag. Darum kann ich nur dafür werben, dass Sie ihm alle zustimmen. Die anderen Anträge lehnen wir ab, weil wir uns immer für das Bessere entscheiden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, besser kann man nicht schließen. Deshalb: Lehnen Sie heute den Antrag der CDU ab, und stimmen Sie unserem rot-grünen Antrag zu; denn er ist der bessere.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.